P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 07. Oktober 2013 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Teilnehmer

Herr Thomas Mundt
Frau Bettina Bruns
Herr Dr. Stefan Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Markus Kolbe
Herr Franz-Robert Liskow
Herr Dirk Littmann
Herr Walter Noack
Frau Birgit Socher
Herr Dr. Harald Stegemann
Herr André Bleckmann
Herr Dr. Andreas Kerath nicht anwesend

Entschuldigt

Herr Norbert Braun

Verwaltung

Herr Ulf Dembski , Dez. III
Frau Angela Baas, Amt für Wirtschaft und Finanzen
Frau Winkler, Amt für Wirtschaft und Finanzen
Herr Dietger Wille, Amt für Wirtschaft und Finanzen
Herr Wilfried Kremer, Immobilienverwaltungsamt
Frau Katrin Teetz, Beteiligungsmanagement
Herr Feldt, Amt für Wirtschaft und Finanzen
Frau Martina Meyer, Protokollantin

Gäste

Herr Lorke, Abwasserwerk
Herr Turack, Stadtwerke
Herr Schult, See- und Tauchsportzentrum

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Sachstand KiTa-Problematik
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. Jahresabschluss 2012 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
STZ 05/1139
 - 6.2. 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
(Abwassergebührensatzung)
Abwasserwerk Greifswald 05/1162
 - 6.3. 1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I , Amt 10 05/1138
 - 6.4. Prüfauftrag: Konditionen und Kostenberechnung für personelle Lösung an der Wiecker Brücke
Bündnis 90 / Die Grünen 05/1154
 - 6.5. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf
Dez. I , Amt 20 05/1163
 - 6.6. Genehmigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters Überplanmäßige Ausgabe für die Fertigstellung der Fassadensanierung des Schulhortes "Kunterbunt"
Dez. II , Amt 23 05/1170

6.7.	Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern
<i>Dez. III</i>	05/1169
6.8.	Grundsatzentscheidung zur künftigen Organisationsform der kommunalen Kindertageseinrichtungen
<i>Dez. III, Amt 51</i>	05/1167
7.	Information der Verwaltung	
8.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder	
9.	Informationen des Ausschussvorsitzenden	
10.	Bestätigung des Protokolls vom 26.08.2013	
11.	Schluss der Sitzung	

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 6.4. wird durch Herrn Dr. Fassbinder zurückgezogen.

Weitere Änderungen bei den Tagesordnungspunkten werden durch Herrn Mundt vorgeschlagen und durch die Mitglieder abgestimmt:

TOP 6.8. – Grundsatzentscheidung Kita – wird unter TOP 6.0.1 behandelt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja, 2 Nein, 2 Enth.

TOP 6.7. – Weiterentwicklung Theater- u. Orchesterstrukturen – wird unter TOP 6.0.2. behandelt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 4 Nein, 2 Enth.

TOP 6.6. – Üpl. Fassadensanierung Kunterbunt -wird unter TOP 6.0.3. behandelt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja, 4 Nein, 2 Enth.

TOP 2.2. aus dem nichtöff. Teil – Apl. Ausgabe Abbruch– wird unter TOP 6.0.4 behandelt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja, 1 Enth.

Abstimmung der geänderten Tagesordnung: **6 Ja, 3 Nein, 2 Enth.**

Zu TOP: 3. *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

keine

Zu TOP: 4. *Informationen zum Stand Stadthaus*

Herr Kremer informiert mit Stand 02.10.2013 über die baulichen Ausführungen und die Kosten. 94 % der Bauleistungen wurden beauftragt. Die großen Maßnahmen wurden ausgeschrieben und vergeben, so dass ein relativ sicherer Kostenstand vorhanden ist. Der Zeitplan sieht vor, dass bis Ende Februar 2014 die Baumaßnahme abgeschlossen ist.

Zur nächsten Sitzung wird zu den Mehrkosten der Rampe eine Entscheidungsvorlage eingereicht.

Zu TOP: 5. *Sachstand KiTa-Problematik*

Der Tagesordnungspunkt erübrigt sich.

Zu TOP: 6. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: 6.0.1. *Grundsatzentscheidung zur Organisationsform KiTa*

Herr Dembski bringt die Vorlage ein. Durch die Fraktionsvorsitzenden und den Oberbürgermeister wurde mehrheitlich befürwortet, die Vorlage kurzfristig in den Finanzausschuss und Sozialausschuss zu geben, da eine Entscheidung auch Auswirkungen auf den Haushalt hätte. Vor der Ende des Jahres stattfindenden Haushaltsrunde wird erwartet, dass eine Grundsatzentscheidung vorliegt.

Herr Dembski erklärt, dass die kommunale Beteiligung nicht aufgegeben werden soll. So z. B. sollen die Tarifbindungen TVÖD, die Zusatzversorgungsleistungen und der Kündigungsschutz beibehalten werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten in M-V ist Greifswald die einzig größere Stadt mit einem Regiebetrieb Kindertagesstätten. Die Mehrzahl der Städte, wie Rostock, Stralsund und Schwerin, haben sich entschieden, ihre Einrichtungen an freie Träger zu geben. Eine zweite Alternative wäre die Ausgliederung an eine GmbH wie in Wismar und Schwerin.

Ziel dieser Grundsatzentscheidung ist, dass die Verwaltung nach

Verhandlungen mit Schwerin schnellstmöglich der Bürgerschaft die Verträge für eine gemeinsame Betreuung der kommunalen Kindertagesstätten in Greifswald und Schwerin durch eine Kita gGmbH vorlegt.

Der wichtigste Ansatzpunkt für die kommunale Zukunft von Kita's in Greifswald, wird in der Auflösung des nicht unerheblich aufgetreten Sanierungsstaus gesehen.

Alle Rechtsformen sind möglich und haben ihre Vor- und Nachteile. Wirtschaftlich muss in jedem Fall gearbeitet werden.

Bei den kommunalen Einrichtungen lag das Minus in 2012 bei 867 TEUR. In diesem Jahr müssen voraussichtlich 1,3 Mio. EUR zusätzlich aus dem Haushalt finanziert werden.

Die Stadt Schwerin hat mit einem Defizit von 4 Mio. EUR begonnen und es ist gelungen, dieses langfristig abzubauen. Die Stadt sieht sich überhaupt erst durch die zehnjährigen Erfahrungen in der Lage, mit Greifswald zusammenzuarbeiten.

In der nachfolgenden umfangreichen Diskussion werden die Fragen der Ausschussmitglieder von Herrn Dembski zusammen mit Frau Teetz und Herrn Wille zum Haushalt beantwortet.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für ein weiteres Bestehen von kommunalen Kindertagesstätten aus. Einig ist man sich darüber, dass Veränderungen bezüglich der Wirtschaftlichkeit vorgenommen werden müssen.

Herr Dr. Fassbinder kündigt abschließend an, dass seine Fraktion eine eigene Vorlage zur zukünftigen Betreuung der kommunalen Kindertagesstätten als Eigenbetrieb einreichen wird.

Da die Vorlage sehr kurzfristig eingebracht wurde, schlägt Herr Mundt eine Sondersitzung vor. Diese soll vor der nächsten Bürgerschaftssitzung stattfinden.

Der Vorschlag wird nicht angenommen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja, 4 Nein, 3 Enth.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage als erste Lesung zur Kenntnis und behandelt diese in den nächsten Ausschüssen weiter.

*Zu TOP: Modelle zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in
6.0.2. Mecklenburg-Vorpommern*

Herr Dembski bringt die Vorlage ein.

Die „Metrum Managementberatung GmbH“ soll nochmals gezielt ein Gutachten für die genannten verschiedenen Modelle in der Region erstellen. Hintergrund war, das Rostock als Letter of Intend abgelehnt

hat, sich an dem Prozess zu beteiligen. Es ist jetzt klargestellt worden, dass der östliche Bereich finanziell eigenständig berechnet wird und dass die erwirtschafteten Ersparnisse nicht in den westlichen Bereich fließen.

Außerdem gibt es eine neue Regelung zur Theaterfinanzierung. Das Innenministerium verteilt aus FAG-Mitteln nur noch ein Teil des Geldes auf der Basis von Einwohnerzahlen. Das restliche Geld geht an das Kultusministerium. Beabsichtigt ist, in den nächsten zwei Jahren das Geld so zu verteilen, das der Durchschnittswert der insgesamt letzten drei Jahre fließt.

Sollte der Letter of Intend nicht unterzeichnen und sich nicht an den Strukturdiskussionen des Landes beteiligen, müsste die Stadt ein eigenes Konzept, welches zu Einsparungen führt, vorlegen. Wenn das nicht erfolgt, müsste mit einem Abschlag von 10 % bei den Mitteln der Theaterfinanzierung aus dem Kultusministerium gerechnet werden. Das wären ca. 600 TEUR.

Nach Diskussion wird die Vorlage abgestimmt: **8 Ja, 1 Nein, 2 Enth.**

Zu TOP: *Genehmigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters*
6.0.3. *Überplanmäßige Ausgabe für die Fertigstellung der Fassadensanierung des Schulhortes "Kunterbunt"*

Herr Kremer bringt die Vorlage ein.
Die überplanmäßige Ausgabe wird notwendig, um die zusätzlichen Baumaßnahmen abzudecken und den Bauablauf planmäßig fortführen zu können.

Es gibt kein Diskussionsbedarf.
Abstimmungsergebnis: **5 Ja, 5 Enth.**

Zu TOP: *Apl. Ausgabe Abbruch*
6.0.4

Es gibt kein Diskussionsbedarf.
Abstimmungsergebnis: **11 Ja**

Zu TOP: *Jahresabschluss 2012 des See- und Tauchsportzentrums -*
6.1. *Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Herr Schult vom See- und Tauchsportzentrum bringt die Vorlage ein. Er bittet, wie in den vorherigen Jahren, den Jahresverlust durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ auszugleichen. Der Jahresverlust 2012 beträgt 302.701,07 EUR. Das Jahresergebnis ist um 45 TEUR schlechter als 2011 ausgefallen. Der Umsatz von 451 TEUR beträgt 16 TEUR weniger als im Vorjahr.

Dafür gibt es mehrere Ursachen: Die ersten zwei Törns 2012 mussten

wegen des Sperrwerkbaus ausfallen. Durch Rückerstattung der Törnbeiträge fielen 15 TEUR aus. Die „Greif“ muss im Sommerhalbjahr vorne an der Südmole liegen. Die Infrastruktur ist nicht optimal, daher haben sich die Bedingungen verschlechtert. Z. B. beim Fischerfest bei den Bierverkäufen wurden 4 TEUR bis 5 TEUR umgesetzt. Im letzten Jahr wurde auf eigene Kosten der Liegeplatz vorn an der Südmole hergerichtet. Für das Ausbaggern wurde von der Stadt ein Zuschuss von 6 TEUR gezahlt.

Die Personalkosten sind um 44 TEUR gestiegen.

Herr Schult erklärt, dass in diesem Jahr ein Strategiekonzept in Papierform vorgelegt wurde. Dieses ist als Grundlage für die Erarbeitung eigener Ideen und Konzepte verwendet worden. Die Beteiligungsverwaltung, der OB und das See- und Tauchsportzentrum erwarten noch in diesem Jahr ein gemeinsames Konzept, welches die Stadtwerke vorlegen wird.

In der anschließenden Diskussion erklärt Herr Dr. Fassbinder, dass seitens der Stadt eine große Bereitschaft vorliegt, die „Greif“ zu halten. Vor einiger Zeit wurde eine Ideenwerkstatt vorgeschlagen. Könnte eine solche Runde mit kompetenten Personen stattfinden?

Herr Schult antwortet, dass der Gedanke „Offene Zukunftswerkstatt „Greif“ aus der Bürgerschaft kam.

Der Vorschlag wurde aufgenommen und man wäre im Sommer dafür bereit gewesen. Die Stadtwerke haben aber gebeten, in der jetzigen Phase damit noch zu warten. Im Ergebnis ihres vorgelegten Konzeptes, kann dann eine Vorlage erarbeitet werden.

Er hofft, dass solch eine Veranstaltung noch in diesem Jahr stattfinden kann.

Die Vorlage wird abgestimmt: **8 Ja, 3 Enth.**

Zu TOP:
6.2. *9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Verwaltungsgebühren für die öffentliche Abwasserentsorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Abwassergebührensatzung)*

Herr Lorke erklärt einleitend, dass mit dieser Vorlage die Gebühr für die kommenden 3 Jahre im Kalkulationszeitraum neu festzusetzen ist. Das Kommunalabgabengesetz des Landes schreibt vor, alle 3 Jahre die Kalkulation auf Überdeckung oder Unterdeckung zu überprüfen.

Die vorliegenden Unterlagen weisen in den letzten 3 Jahren eine 5%ige Überschreitung der gesamten Kalkulationssumme aus. Somit wird eine Gebührenkalkulation vorgeschlagen, die von einer Erhöhung im Schmutzwasser- und im Regenwasserbereich ausgeht.

Notwendige Investitionen, wie in das Klärwerk und in das Regenwassernetz, hatten den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung. Für notwendige Kredite traten erhöhte

Zinsbelastungen auf und steigende Einkaufspreise sowie Personalkosten waren verantwortlich für die erhöhten Kosten.

Herr Lorke erteilt Herr Turack das Wort und bittet die kaufmännischen Zusammenhänge darzustellen.
Anhand einer Präsentation erläutert Herr Turack die Kalkulation für die Schmutzwasser- und die Niederschlagswassergebühr von 2014 bis 2017, die Eigenkapitalverzinsung und die Kosten des Abwasserwerkes.

Statt der bisher zu zahlenden 56 Cent/m² Entsorgungsgebühr Regenwasser sollen für die nächsten 3 Jahre 75 Cent gezahlt werden. Die Schmutzwassergebühr soll von 2,12 EUR/m² auf 2,25 EUR steigen. Für einen 4-Personen-Haushalt würden die neuen Gebühren Mehrkosten von 56,98 EUR pro Jahr bedeuten.
Es wird in das Abwassersystem investiert. Sammelbecken und Leitungen werden neu gebaut. Die Höhe der Investitionen von 2011 bis 2015 beträgt rd. 26 Mio. EUR.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern elektronisch übermittelt.

In der anschließenden Diskussion stellt Herr Dr. Fassbinder die Frage, ob die 6 % Eigenkapital, welche durch das Werk an die Stadt abgeführt werden, noch zu verantworten sind. Würden in Anbetracht der hohen Investitionen nicht auch 3 % Verzinsung ausreichen?

Herr Lorke rechnet vor, dass die Auswirkungen auf die Erhöhung der Gebühren gering wären. Die Schmutzwassergebühr würde in Höhe von 2,20 EUR/m² anfallen und bei Regenwasser entstünde eine Gebühr von 71 Cent/m².

Vor der Abstimmung verlässt Herr Liskow die Sitzung. Damit sind es 10 stimmberechtigte Ausschussmitglieder.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja, 2 Enth.**

Zu TOP:
6.3. *1. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Herr Mundt erklärt, dass durch den zusätzlichen Punkt „c“ ermöglicht werden soll, dass Sitzungen des Kreistages im Rathaus stattfinden können.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: **10 Ja**

Zu TOP: *Prüfauftrag: Konditionen und Kostenberechnung für personelle Lösung*
6.4. *an der Wiecker Brücke*

TOP wurde zurückgezogen.

Zu TOP: *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das*
6.5. *Haushaltsjahr 2014 -1. Entwurf*

Anfänglich gibt Herr Wille ein Gutscheinheft, welches an diejenigen durch die Stadt herausgegeben wird, die sich mit Hauptwohnsitz in Greifswald anmelden, zur Ansicht in die Runde.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Wille den 1. Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014.

Der Ergebnishaushalt 2014, der Finanzhaushalt 2014 und die Prioritätenliste der Investitionsplanungen 2013 – 2016 liegen den Ausschussmitgliedern in Papierform vor.

Die Gewerbesteuereinnahmen betragen 2012 15,3 Mio. EUR. Aufgrund der hohen Einnahmen muss über den Finanzausgleich mehr Geld an den Landkreis gegeben werden. Die Zuweisungen vom Land fallen geringer aus. 2014 wird mit einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen von etwa 1,5 Mio. EUR gerechnet. Die Kreisumlage steigt 2014 um 2,5 Mio. EUR.

Im Haushaltsentwurf stehen 10 Mio. EUR im Minus. Daher muss dringend ein Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werden.

Nach umfangreichen Ausführungen gibt Herr Wille abschließend das weitere Verfahren bekannt:

Die Veröffentlichung des Planentwurfes erfolgt ab 41. Kalenderwoche. Die Entwürfe der Haushalte der Städtebaulichen Sondervermögen werden als Buch 3 in den nächsten Tagen in Internet zur Verfügung gestellt.

Der Verwaltungsvorschlag zu den Haushaltssicherungsmaßnahmen soll bis Mitte Oktober 2013 vorliegen.

Ein Druckexemplar mit dem Vorbericht soll zum 18.11.2013 vorgelegt werden.

Gegebenenfalls finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt.

Ziel ist die Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes und des Haushaltsplanes am 16.12.2013

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern elektronisch übermittelt.

Die Vorlage wird durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

Zu TOP: 7. Information der Verwaltung

keine

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Mundt schlägt den 25.11.2013 als Termin für die Sondersitzung Haushalt vor.

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 26.08.2013

Abstimmungsergebnis: **7 Ja, 3 Enth.**

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die Sitzung um 21.45 Uhr.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Martina Meyer
Protokollantin